

Mündliche Anfrage

Fragestellerin: Landtagsabgeordnete Sabine Promberger

Zuständiges

Regierungsmitglied: Landesrat Mag. Dr. Michael Strugl, MBA

Im Rahmen der Errichtung einer 110-kV-Stromleitung zwischen Kirchdorf und Vorchdorf haben aktuellen Medienberichten zufolge Zwangsenteignungsverfahren für die betroffenen Grundstücksbesitzer begonnen, die 50 Parteien und insgesamt 78 Personen betreffen sollen.

Welche Position nehmen Sie als zuständiger Landesrat zu den Zwangsenteignungsverfahren im Zusammenhang mit der 110-kV-Freileitung vom Kremstal ins Almtal ein?

Promberger